



Biwöchlicher Wochenspiegel in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Postz. 2 Thlr. 15 Gr. — Inserationsgebühr für den Raum einer
sechshäufigen Seite in Beitragschrift 2 Gr.

Nr. 468. Mittag-Ausgabe.

vierundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 7 October 1873.

Deutschland.

Berlin, 6. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten von der Burg, aggregirt dem Niederrheinischen Füsilier-Regiment Nr. 29, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Obersten von Waldow, Commandeur des 2. Hannoverschen Dragoner-Regiments Nr. 16, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe, und dem Major von Schönwald im Generalstabe des X. Armee-Corps den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Premier-Lieutenant a. D. Brune zu Meß den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des deutschen Reiches den Professor Dr. Krauß zu Marburg, den Professor der Rechte Dr. Nissen zu Leipzig und den Professor Dr. Aufrecht zu Edinburgh zu ordentlichen Professoren in der theologischen, bzw. in der juristischen und in der philosophischen Fakultät der Universität Straßburg i. C. zu ernennen und dem ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät dieser Universität Dr. Binding die nachgeführte Entlassung aus dem Reichsdienste ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser hat die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Straßburg i. C. vollzogenen Ernennungen des Vicars Paul Bott zu Rittershoven zum Pfarrer in Bühl, Vicars Unterstift, und des Pfarrverwerts Ernst Theodor Roehrich zum Gumbrechtsboden zum Pfarrer in Morsbronn, desselben Vicars bestätigt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Stadtgerichtsrath Paul Anton Gottfried Schmidt hieselbst zum Regierungs-Rath und den Kreis- und Deputations-Diregenten Worzelski in Berent zum Director des Kreisgerichts in Pr.-Stargard ernannt.

Der Privatdozent Dr. Jolly zu Würzburg ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Straßburg i. C. ernannt worden. — Dem Postrat Wendt in Halle a. S. ist die Verwaltung des Post-Zeitungsamtes in Berlin übertragen. Der Ober-Post-Sekretär Albrecht in Münster in W. ist zum kaiserlichen Post-Inspecteur ernannt worden. — Die Intendantur-Registratoren Klose, Raedel und Hoffmann sind zu Geheimen Registratoren beim Kriegsministerium befördert worden.

Der bisherige Regierungs-Hauptkassen-Assistent Grunow ist als Geheimer expedienter Sekretär und Calculator im Finanzministerium angestellt. — Der bei der Oberpfälzer Eisenbahn angestellte königl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspecteur Diedmann zu Breslau ist in gleicher Eigenschaft nach Slogau versetzt worden. — Die königl. Eisenbahn-Maschinemeister bei der Ostbahn: Klöbelorn in Bromberg, Lamfried in Königsberg, Holzbeuer in Bromberg, Mohr ebenda selbst und Wirth in Königsberg sind in gleicher Eigenschaft resp. nach Schneidemühl, Bromberg, Osterode, Königsberg und Bromberg versetzt worden. Der bisherige Baumeister Textor zu Bisader ist als königl. Eisenbahn-Baumeister bei der hannoverschen Staats-Gesellschaft mit dem Wohnsitz in Neulen angestellt worden. — Dem Regierungs-Rath Schmidt hieselbst ist die Stelle eines Dirigenten der Abteilung des hiesigen königl. Polizei-Präsidiums für die Sicherheits-Polizei übertragen worden.

(Reichskanzl.)

○ Berlin, 6. October. [Das Verfahren gegen den Erzbischof Ledochowski. — Fürst Bismarck. — Disciplinarhof.]

Die „Spenerische Zeitg.“ und das „Volksblatt“ bringen gleichzeitig Mitteilungen, welche als Ausgabe der Staatsregierung bezeichnen, mit Entschiedenheit gegen den Erzbischof von Posen, Grafen Ledochowski, vorzugehen und gegen die Unbotmäßigkeit desselben die neuen Gelege in ihrem ganzen Umfange zur Anwendung zu bringen. Nach dem übereinstimmenden Inhalt der Artikel dieser Zeitungen, welche bekanntlich den Regierungskreisen nicht stehen, darf man annehmen, daß ihren Ausführungen ein positiver Anhalt zu Grunde liegt. Die öffentliche Meinung verkennt ja nicht, daß das Gebahren des Grafen Ledochowski nicht blos die den Gesetzen und der Obrigkeit gehörende Achtung mit führen tritt, sondern neben der Autorität in der That auch den Frieden des Landes in Gefahr setzt. — Es ist wahrscheinlich, daß der Reichskanzler den Kaiser nach Wien begleiten wird. Wenn aber ein hiesiges Blatt behauptet, derselbe werde nach der Rückkehr gleich hier in Berlin bleiben, ist das gewiß falsch. Fürst Bismarck wird vielleicht einige Tage hier verweilen, dann aber jedenfalls bis in den Spätherbst hinein von der Residenz entfernt zubringen. — Der W. Geheime Oberregierungsrath Jacob ist jetzt in das Staatsministerium eingetreten und hat die Provinzialsführung im Ministerial und die gesamte Geschäftsführung übernommen. Bisher war derselbe von dem Geheimrat von Meyern vertreten, welcher nunmehr eine Urlaubskreise angereist hat. — Die Zusammensetzung des Disciplinarhofes für nicht richterliche Beamte hat bei der diesmaligen Erneuerung für den Zeitraum von drei Jahren erhebliche Veränderungen erfahren. Ich meldete schon, daß statt des Ministers a. D. von Uyden der Wiss. Geheime Rath von Ingerisleben zum Vorstehenden ernannt ist. Von den zehn Mitgliedern sind sieben ausgeschieden: der Wiss. Geh. Rath von Koerien, der General-Auditeur Fleck, der Obertribunalrath Kuhne, die Geheimräthe Schede, Ribbeck, Bindewald und Wenzel. Nur drei sind verblieben, nämlich die drei Obertribunalräthe von Clausewitz, von Holleben, von Grävenitz. Neu berufen sind für das Finanz-Ministerium der Geh. Finanzrath Schoener, für das Handels-Ministerium der Geh. Oberbergrath v. d. Heyden, für das Ministerium des Innern Geh. Regierungsrath Forch, für das Cultus-Ministerium der Geh. Regierungsrath Lucanus, für das Justiz-Ministerium der Geh. Ober-Justizrath Droog und endlich der Obertribunalrath Schomka.

[Spener'sche Zeitung, Actiengesellschaft.] Das Consortium, das im Besitz der Aktionen ist, geht, wie man uns mitteilt, mit der Absicht um, die Gesellschaft zu liquidieren und wenn, wie dies wahrscheinlich ist, sich kein passender Käufer findet, die „Spener'sche Zeitung“ eingeheben zu lassen. Die sehr reichen Mittel der Gesellschaft haben zum Theil als Zuschuß verwandt werden müssen. Nichtsdestoweniger glaubt man bei einer Liquidation der Gesellschaft etwa 75 p. c. zu erzielen. Die „Spener'sche Zeitung“ ging bekanntlich Ende 1871 in den Besitz von Directormitgliedern der Preußischen Bodencreditanstalt über und wurde von dieser in eine Actiengesellschaft verwandelt. Nachdem aus dem Erlöss der Gesellschaft gehörigen Grundstücken eine Dividende gezahlt war, übernahm ein aus Berliner und Breslauer Häusern bestehendes Consortium die Aktionen. (B. B. 3.)

W. T. B. [Feuer.] In der Schickler'schen Zuckerfabrik sind die Tischler- und Böttcher-Gebäude heute Abend durch Feuer inwendig durchgebrannt. Das Hauptfabrik-Gebäude blieb unbeschädigt.

[Die Feldpost.] Nachdem die Feldpost aufgelöst worden ist, hat das Kaiserliche General-Postamt unter dem 25. v. M. an die Beamten der Deutschen Reichs-Postverwaltung nachstehendes Schreiben gerichtet:

Die beim Ausbruch des Krieges gegen Frankreich im Jahre 1870 begonnene Wirksamkeit der Deutschen Feldpost hat, wie die Feldpost-Direkt. Nr. 208 des Nähern ergiebt, mit dem Rückmarsch der letzten deutschen Truppen aus dem bisher occupirten französischen Gebiete nunmehr ihren Abschluß gefunden.

Wenn es der Deutschen Feldpost gelungen ist, den in früheren Feldzügen erworbenen guten Ruf auch während des hiesigen Krieges zu bewahren, so daß dies Ergebnis in erster Linie dem einmütigen kraftvollen und ausdauernden Zusammenwirken aller zur Teilnahme berufen gewesenen Organe zugeschrieben werden. Das General-Postamt nimmt daher gern Veranlassung, den Herren Beamten und Unterbeamten, welche durch ihre

aufopfernde Thätigkeit im Felde wie in der Heimat zur Erreichung jenes Erfolges beigetragen haben, für die in schwerer Zeit bewährte Pflichttreue und patriotische Hingabe seine Anerkennung hiermit auszusprechen.

Königsberg i. Pr., 6. Oct. [In der heutigen Sitzung des Provinziallandtags] begründete der Oberbürgermeister von Winter aus Danzig eine Petition betreffs Trennung der Provinz Preußen in einen östlichen und westlichen Theil. Der Landtag überwies die Petition einem Ausschuß von 13 Mitgliedern.

Aus Mecklenburg, 2. October. [Eingriff und Abwehr.] Was vorausgesessen, ist geschehen. An den Magistrat der Stadt Rostock ist die Aufforderung ergangen, den Herrn Lic. Schmidt, nachdem ihm der Ober-Kirchenrat wegen seines Beitritts zum Protestantverein die licentia concionandi entzogen, vom Religionsunterricht an der großen Stadtschule zu entfernen. Es ist vorauszusehen, daß diese Aufforderung nur einen neuen Conflict zwischen Regierung und der Stadt Rostock abermals hervorrufen wird, da es die eigenthümlichen Rechtsverhältnisse der Stadt Rostock mit sich bringt, daß von einem Einschreiten der oberen kirchlichen und weltlichen Verwaltungsbehörden, wie es in anderen Theilen der Kirche unseres Landes zulässig sein mag, in Rostock nicht die Rede sein kann. In den Rostocker Erboerträgen wird dem Rath und dem geistlichen Ministerium der Stadt das Recht vorbehalten, in Fällen von Lehrabweichungen die erste Untersuchung zu führen, und zunächst festzustellen, ob eine Lehrabweichung vorhanden sei oder nicht. Daß der Rath zu Rostock in dieser Sache eine mannhafte Aufrechthaltung der Rechte der Stadt anstreben wird steht außer Zweifel und wird ihm dies um so leichter möglich sein, als, wie die „R. Z.“ in einem geharnischten Artikel bemerkt, so lange Rath und das geistliche Ministerium eine Lehrabweichung in dem dafür vorgeschriebenen Wege nicht constatirt haben, dieselbe für Rostock nicht besteht, wenn auch der großherzogliche Oberkirchenrat oder der Vorstand des großherzogl. Ministeriums, Abteilung für Unterrichtsangelegenheiten, noch so fest von der Überzeugung durchdrungen sind, daß die Personen, um welche es sich handelt, der Feigerei überführt sind. Wird der Rath in Folge einer abweichenden Auffassung der landesherrlichen Behörden in die Lage versetzt, zwischen einer Nachgiebigkeit gegen das gestellte Ansinnen und der Verhildigung des vertragsmäßigen Rechte der Stadt eine Wahl treffen zu müssen, so kann die Entscheidung derselben nicht zweifelhaft sein, da eine mannhafte Aufrechthaltung der Rechte der Stadt nur seinem eigenen Rechtsbewußtsein und Pflichtgefühl entsprechen kann und sicherlich in den Herzen der gesammten Bürgerschaft ohne Unterschied der politischen und kirchlichen Parteistellung den lebhaftesten Anklang und Widerhall finden würde.

Aus Bayern, 3. October. [Bischof Reinikens' Anerkennung in Bayern] läßt uns wieder einmal die ganze bedauernswerte Last eines Concordats mit der römischen Curie fühlen, indem rücksichtlich des Anerkennungsbuchs die Dinge bei uns ganz anders gelagert sind. Bayerns Verhältnis zu Rom ist nicht durch ein bloßes Statut, sondern durch ein feierliches Concordat geordnet und in diesem räumt der König (Art. IX.) dem Papste das Recht ein, dem vom Könige für einen exiledigen Bischofsthul ernannten Geistlichen die kanonische Einsetzung zu erhellen, doch so, daß sie sich auf keine Weise vor dieser Ertheilung in die Leitung der betreffenden Dioceses einmischen dürfen. Durch diesen Satz ist für Bayern das ganze Einvernehmen des Landesherrn eine Illusion und hierin liegt der unangenehme Schwerpunkt der Situation in Bayern, der natürlich um so schlimmer sich gestaltet, sobald sich Staat und Kirche über ihre Rechtsähnlichkeit zu bekämpfen anfangen. In Bayern wird deshalb vor Allem zur Nothwendigkeit werden, von den Fesseln des Concordates sich zu befreien und auch hier wird der verfaßungsmäßige Weg nicht zum Ziele führen, da wir hierzu eine Majorität von Zweidrittelstimmen in unserer Kammer nötig hätten, die aber weder in der gegenwärtigen Kammer, noch auch — wie vorauszusehen — in der nächsten, auf weitere sechs Jahre zu wählenden erreicht werden wird. So bleibt nach allen diesen mitsühlichen Umständen für Bayern nur ein einziger Weg, um zur Befreiung zu gelangen, und dieses ist das Reich. Nur dadurch, daß wir alsbald unsere ganze kirchliche Gesetzgebung den deutschen Reichsverwaltungen überantworten, werden wir zum Ziele kommen können, und wie eifrigstig unsere Regierung auch immer in Kompetenzfragen sein mag, sie wird doch bald aus der Noth eine Tugend machen und Berlin, unsere Reichshauptstadt, zu Hilfe rufen müssen, damit uns von dort aus in geheimer Weise jene Fesseln abgenommen werden, welche wir im eigenen Hause ohne Gesetzwidrigkeit nicht zu sprengen vermögen. (N. Fr. Pr.)

Spener, 6. Oct. [Die Cholera] tritt hier wieder heftiger auf. Von gestern bis heute sind 34 Erkrankungen und 14 Todesfälle vorgekommen. Seit dem 25. August sind hier im Ganzen 192 Personen an der Cholera erkrankt und 89 gestorben.

Aus Baden, 30. September. [Spaltung in der ultramontanen Partei Badens.] Gewichtige Anzeichen sprechen dafür, daß sich eine Spaltung innerhalb der ultramontanen Partei Badens zu vollziehen beginnt. So hat die „Bad. Landeszeitung“ dieser Tage in Erfahrung gebracht, daß Dr. Ferdinand Bissing, Chef-Redakteur unseres Clericalen Hauptblattes, des „Badischen Beobachter“, im Begriffe war, eine Redaktion in Schlesien zu übernehmen, weil er den Zunahmen der Freiburger Curie nicht Rechnung tragen wollte. Gleichzeitig hat auch Advoiat Schulz in Heidelberg, ein Freund Bissings und Hauptkämpfer der badischen Clericalen im Landtage und Reichstage (er ist Protestant), erklärt, daß er vom politischen Schauplatze abtrete. Das

katholische Casino in Heidelberg, gegründet von Lindau, Schulz, Bissing und Anderen, hat unbestritten das Meiste dazu beigetragen, daß Ultramontanismus hierlands auf seine jetzige Stufe emporzuheben. Seine Gründer waren indeß nicht der Meinung, mit dem Papste durch Dick und Dünn zu gehen. Nun aber kann man sich es im Hauptquartier der Clericalen Partei nicht mehr verleugnen, daß Bischof Kübel eine unbedeutende Persönlichkeit ist, die von der extremen Partei inspirirt wird, und daß angestossen der Clericalen Strömung in Frankreich unter der Führung Albin Störs der crasseste Aberglaube, Wallfahrtshindernis, Ablauf- und Annalenkram in üppigste Blüthe gefommen sind. Das geht aber einem guten Theile der Führer der ultramontanen Partei zu weit, und die letztere gerät in Folge dessen in Zerfall und Lähmung. Die Symptome dieser Lähmung lassen sich deutlich im Verhalten der Freiburger Curie selbst erkennen. Wiesenberg'sche Cräfliche erkennen es an, daß man seit Kurzem die Strafpläne zurückzieht und sie selbst unbehelligt läßt, ja sogar hätschelt. Eine Gemeinde, welche von der

Unfehlbarkeit nichts wissen will, bekam einen Curat, welcher es laut aussprach, „es sei ihm gerade recht, daß die Gemeinde an die Unfehlbarkeit nicht glaube, er denke gerade so“. Pfarrer Lumpp in Müningen hatte bereits der Curie erklärt, er glaube nicht, daß der Papst ex sess unfehlbar sei. Wenn nun öffentliche Blätter berichten, Lumpp habe der Curie zufriedenstellende Erklärungen gegeben, so kann ich aus directer Freiburger Quelle mittheilen, daß umgekehrt die Curie durch den Domkapitular Bähle Herrn Pfarrer Lumpp zufriedenstellende Erklärungen gab. Alle diese Dinge sind Anzeichen der wirklich beginnenden Auseinandersetzung. Wie sich Alt- und Neukatholiken und in letzterer Partei bereits Papst- und Staatskatholiken spalten, so zerstreut sich die Partei der Papstkatholiken wieder in Verbandskatholiken und Feindschuldhollern, und die Jesuiten werden sich schließlich fragen müssen, was nach solchen Auseinandersetzungen im deutschen Volke ihnen noch verbleiben werde. Derartige Symptome neuer Auseinanderstellungen sind Anzeichen der wirklich beginnenden Auseinandersetzung. (N. Fr. Pr.)

Baden, 3. October. [Das „liberale Regierungssystem.“] Unser Staatsminister, Herr Jolly in Karlsruhe, langweilt sich, so verichert ein anscheinend den leitenden Kreisen nahe stehender Correspondent des „Hamb. Corresp.“, und soll neulich ganz offen ausgesprochen haben, ein gewisser Zuwachs des gegnerischen Elementes in der Landes-Verwaltung komme ihm sehr erwünscht, vorausgesetzt, daß befähigte Männer die Führung der Opposition übernehmen würden. Dies Einverständnis des leitenden Staatsmannes ist schon um soviel bemerkenswert, weil es in Verbindung mit dem demokratischen Wahlprogramm gebracht werden kann, welches u. A. der Regierung den Mangel anregender Initiative zur Erhöhung des Volksgeistes bei Leitung der inneren Angelegenheiten vorwarf. Und nicht mit Unrecht. Vieles von dem Genrebild, welches der Correspondent des genannten Blattes von Baden entwirft, entspricht den tatsächlichen Verhältnissen vollständig. Aber weshalb hat eine „dreizehnjährige neue Ära“ mit ihren vortrefflichen Maßregeln und mustergültigen Einrichtungen noch nicht jene geprägten Zustände geschaffen, welche das „deutsche Ausland“ neidisch betrachtet? Weshalb herrscht allerwärts im Badischen Lande eine solche gründliche Gleichgültigkeit gegen die allgemeinen Landesinteressen? Diese Fragen werden leider nicht beantwortet, eine Aufgabe, welche lediglich durch die Eingangs der Correspondenz von dem Verfasser selbst angewendeten Ausdrücke zu lösen ist. Weil das ehrgeizig strebende Beamtenthum auf dem Umwege der constitutionellen Entwicklung nach und nach vollständig wieder in den Besitz der Herrschaft gelangt ist und die Selbstverwaltung eingeschränkt hat; weil alles, was im Landtage geleistet wird, Beamtenarbeit ist; weil die Oberamtmänner, Landes-Commissionen, Kreisgerichts-Räthe u. unter Annahme des liberalen Systems sich in den Besitz der tatsächlichen Machtvollkommenheit gesetzt haben. Nebenher befassen sie sich aber auch mit all den Dingen, welche nach der Theorie nur von unabkömmlichen Bürgern gehalten werden sollen. Was in Preußen nicht geduldet werden würde, geschieht hier allerwärts und ungerügt: Die Organe der Staatsgewalt erlassen Aufrufe, verbreiten Wahlzettel, halten Versammlungen ab und glauben, durch ihr Wirken für das liberale System und zugleich für die Regierung ihre Schuldigkeit zu thun. Wie werden die Wahlen zumeist gemacht? Um Wahltagen holt der Rathsdienner einige der dem Rathaus zunächst wohnenden Bürger, zuverlässige Leute, auf dasselbe und der Bürgermeister, Notarzettel und Accisor werden zu Wahlmännern gewählt. Diese beschreiten sich alsdann mit ihrer administrativen Vorsehung, dem Bevölkerungsmaßstab; gern bleibt er ihnen seinen Rath, erzielt die lokalen Interessen, verleiht hierfür thakräftige Unterstützung der Regierung, mit welcher man ja zufrieden sei, und die Candidatur ist bald beschlossen. „Nur keinen Schwarzen oder Roten!“ Und der Pfarrer auf dem Dorfe findet an Sonntag-Nachmittagen nach einer erbaulichen Predigt Gelegenheit, die Männer seiner Farbe bei sich zu bearbeiten und die Abgeordneten aufzufordern. „Nur keine Nationalliberalen oder Roten!“ — Die befreite Correspondenz bekränkt sich auf eine Schilderung der opathischen Verhältnisse des Großherzogthums, ohne die Frage, womit dem abzuhelfen wäre, zu beantworten. Wir brauchen wohl nur auf das an dieser Stelle fürstlich wiederholte besprochene demokratische Programm hinzuweisen, welches die Lähmung des politischen Lebens bitter beklagt, die vorhandenen Mängel aufzählt, bezügliche Reformen angibt und fordert und vermag seiner ganzen Fassung allein geeignet erscheint, die bestehenden Verhältnisse beständig zu erhalten.

Schweden, 2. October. [Eine Aufruhrpredigt des Herrn Mermillod. — Eine Grenzverlegung.] Letzten Sonntag, schreibt man der „R. Z.“, hat der Marthor von Ferner, P. Mermillod, eine Wallfahrt der katholischen Geistlichen und der Gläubigen des Cantons Genf zu sich nach Annemarie veranstaltet, wo er die Firmierung vornahm. Bei diesem Anlaß hat derselbe eine Rede gehalten, welche der Genfer Regierung, wenn sie sonst wollte, die beste Handhabe zu Reclamationen bei der französischen Regierung geben könnte. Er, der große Dulder, welcher, wie er sich ausgedrückt hat, eher in den Tod gehen, als den Feinden Rom nachgeben würde, hat die Genfer Katholiken zum offenen Widerstande gegen das dortige neue katholische Cultusgesetz, wenn nötig selbst mit der Fintie in der Hand, aufgefordert. Glücklicherweise haben bei der überwiegenden Mehrzahl der aufgelaufenen Katholiken Genf solche fanatische Wühlerien keine Aussicht auf Erfolg. Eine andere Frage aber ist es, wie dieselben zu den Grundsätzen des internationalen Rechtes sich verhalten. Würde ein französischer Priester sich unter ähnlichen Verhältnissen wie P. Mermillod in der Schweiz befinden und hier von öffentlicher Kanzel herab den Aufruhr gegen die Gesetze und Behörden Frankreichs predigen, so würde der schweizerische Bundesrat wahrscheinlich von sich aus, ohne vorher französische Reclamationen abzuwarten, seinem Treiben ein Ende machen. — In dem der Solothurner Grenze nahe gelegenen Elsässer Dorfe Leimen ist es am Sonntag zu einem bedauerlichen Grenzconflict gekommen, der indessen noch sehr der Auflärung bedarf. Die Basel-ländschaftliche Zeitung erzählt ihn folgendermaßen: Am genannten Tage unternahm die Schützengesellschaft von Ettlingen einen Ausmarsch nach dem Ort Mierlen im Canton Solothurn, auf welchem sie bei der Rückkehr die Elsässische Gemeinde Leimen passierte. Als die Mannschaft, Musik an der Spitze, durch das Dorf zog, rotierten sich die dortigen

Einwohner zusammen, bewaffneten sich mit allerlei Werkzeug, wie Mäglabeln, Hauen, Kästen u. s. fügten sich auf die Schützen, misshandelten und entwaffneten sie. Etwa 20 Mann wurden verwundet, davon 3 ziemlich schwer, worauf man sie abziehen ließ, nachdem der Maire ihnen Schreie über die abgenommenen Waffen ausgestellt hatte. Der Vorfall ist augenblicklich bei der Regierung des Cantons Basel-land anhängig, wird aber jedenfalls noch an den Bundesrat gelangen.

Aus der Schweiz, 2. October. [Kirchliche Conflicte.] — Das Referendum in Baselland.] Der Große Rath des Kantons Thurgau, von welchem ich Ihnen selber auch schon einzelne energetische Beschlüsse in den gegenwärtigen kirchlich-politischen Kämpfen berichtet habe, ist vorgestern — so schreibt man der „Frank. Presse“ — in den Fall gekommen, in gleicher Angelegenheit wieder seinen Freisinn auszusprechen. Herr Dr. Bücher, ein freisinniger Katholik, hatte den Antrag gestellt, es sollen die von den confessionellen Behördern verwalteten Specialfonds unter staatliche Controle und Verwaltung gestellt werden, und der Große Rath hat diesen Antrag für erheblich erklärt. Dadurch wird verhindert, daß in Zukunft der katholische Kirchenrat nicht mehr an junge Theologiestudirende, welche in das Ausland auf Jesuitenschulen ziehen oder von den Bischöfen dorthin dirigirt werden, Stipendien verabschieden lassen kann, ähnlich wie schon früher im Nargau den Studirenden an nicht anerkannten katholischen Facultäten jede Staatsunterstützung verweigert worden ist.

Wie Sie wissen ist trotz der leidenschaftlichen Gegenwehr von katholischer Seite lediglich im Canton St. Gallen das neue Begräbnisgesetz durchgegangen, nach welchem bei Begräbnissen keine Unterschiede in Confession, Todesart (Selbstmord, ungetauftes Kind u. s. f.) gemacht werden dürfen. Letzte Tage nun machte ein Vater im Sargauer Land dem Dorfschreiber die Anzeige, daß sein noch nicht getauftes neugeborenes Kind gestorben sei und daß er dessen ordentliche Beerdigung wünsche. Der Pfarrer aber erklärte, es sei dies gegen die kirchlichen Gesetze und befahl dem Meßner, das Kind bei Nachtzeit abzuholen und es ohne weitere Ceremonien auf dem Friedhofe zu begraben. Als der Meßner diesem Auftrag zufolge mit dem Kind nach dem Friedhof ging, begegnete ihm ein Bauer, der ihn um den Zweck seines Gangs und um den Inhalt des Päckchens, das er da bei sich trage, fragt. Als der Meßner ihm wahrscheinlichkeit berichtete, veranlaßte er ihn umzulehnen und ihn zum Gemeindebeamten zu begleiten. Dieser verordnete, es müsse das Kind bei Tage unter Geläute der Glocke in aller Ordnung beerdigt werden. Nun war der gute Pfarrer in Verlegenheit; hier die Civilbehörde mit dem neuen Begräbnisgesetz, dort die kirchliche Intoleranz. Er telegraphierte an den Bischof von St. Gallen und ersuchte um Verhältnissbeschreibung. Dieser antwortete ihm, in einer freisinnigen Gemeinde, wo die Bürger und Beamten auf Durchführung des Gesetzes halten, solle er die feierliche Beerdigung vornehmen, sonst aber sich an seine kirchlichen Instructionen halten. Wirklich wurde nun das Kind feierlich, wie ein getauftes von dem Pfarrer beerdigt. Die Regierung wir nicht verfehlten, dem Herrn Bischof den Standpunkt klar zu machen und ihm andeuten, daß es weder von ihm noch von seinen Pfarrern abhänge, bestehenden Gesetzen eine Nase zu drehen.

Im Canton Baselland ist gestern vom Landrat eine Bulle des Referendum's, die sich sehr schlecht bewährt hatte, wieder abgeschafft worden, nämlich die Bestimmung, daß jedes Mitglied des Landrates in seinem Wahlkreise 8 Tage vor jeder Volksabstimmung die vom Landrat angenommenen Gesetze dem Volke zu erklären habe. Die von den geplagten Nächten angeordneten Versammlungen wurden aber nicht besucht, oder das Volk stimmte gerade deswegen gegen das Gesetz, weil sein Vertreter es gar warm vertheidigt hatte.

T a l i e n.

Rom, 3. October. [Feier des Plebiszits. — Kirchliches.] Heute Abend wird zur Feier der Wiederkehr des Jahrestages der römischen Volksabstimmung am 2. October 1870 das Bergviertel (Rione dei Monti) illuminiert werden und man sieht bereits die Vorbereitungen zur Beleuchtung der Transparentbilder des Königs Victor Emanuel, des Prinzen Humbert und Amadeus und Cavour und Garibaldi's. Unter dem des Königs steht: „Indem der König Galantuomo mit Deutschland und Österreich-Ungarn Freundschaft schloß, sicherte er Freiheit und Fortschritt in Italien.“ Die Musikkörbe, welche das römische Publikum bereits mit Haydn's „Gott erhalte unsern Kaiser“ und dem Preußenliede bekannt gemacht haben, werden heute Abend die Wacht am Rhein zum ersten Male vortragen. Von Spezia wird berichtet, daß man dort mit allen Kräften an der Ausrüstung des Widderschiff's „Afonso“ und der Panzerfregatten „Castelfidardo“ und „Maria Pia“ arbeitet, welche nach den marokkanischen, andere sagen spanischen Gewässern auslaufen sollen. — Pio Nono erfreut sich des besten Wohlseins, obwohl er gestern seinen Spaziergang in der Bibliothek und nicht im vatikanischen Garten mache. Nachdem er dem Cardinal Antonelli Audienz gegeben, empfing er eine Gesellschaft Fremder, meist Franzosen, ließ sich aber keine politische Anspruch entkräften. Vor der Hand ist kein Consistorium in Aussicht, wie einige Blätter irrhümlicher Weise berichtet haben.

(Tivoli, 29. Sept. 1873.)

* Paris, 4. October. [Der Brief des Herrn Thiers.] Das Schreiben, welches Thiers an den Maire von Nancy gerichtet, um ihm anzuhändigen, daß er seine Stadt nicht besuchen kann, lautet wie folgt:

Duchy, 29. September 1873.

Herr Maire! Sie sind im Namen Ihrer trefflichen Bevölkerung des Ostens lebhaft in mich gedrungen, Sie zu besuchen, und mich mit Ihnen der Befreiung des Gebietes zu erfreuen. Zwar würde ich es gern gethan haben, aber ich halte es diesem Augenblick nicht für gut, und da ich nach Paris zurückkehre, ohne den von Ihnen gewünschten Besuch abzustatten, muß ich Ihnen die Beweggründe angeben: Sie wissen besser, denn Jemand, wie unvorhergesehen, wie unfreiwillig meinerseits der mir in Belfort zu Theil gewordene Empfang war. Und was hat man ungeachtet dessen nicht alles gefragt? Sie waren Radikaler, ich war ein Agitator! Würde es heute dienlich sein, diesen Verleumdungen einen neuen Vorwand zu geben, sie wieder hervorzurufen, indem ich, dieses Mal freiwillig, der Ablegung von Zeugnissen entgegenzugehen, die Sie mir wohl bestimmen werden? Ohne Zweifel gab es Verleumdungen, welche man verachten muß, ohne Zweifel wäre auch in einem Lande, welche an die Sitten der Freiheit gewöhnt ist, die Agitation in einem Augenblick erlaubt, wo man, ohne Frankreich zu befragen, über seine Geschichte entscheiden will. Und bewundern Sie bei dieser Gelegenheit die Ehrlichkeit der Parteien! Man fragte uns vor wenigen Monaten an, den Pact von Bordeaux zu verlezen, weil wir einige unumgänglich nothwendige Gesetze schlugen, die in nichts der Zukunft verpflichten, und die wir, ohne sie aufzwingen zu wollen, einfach der bestehenden gesetzgebenden Gewalt unterbreiten. Und heute unterhandeln Einige ohne Mandat, ohne Vollmachten, ohne die Anwesenheit der Versammlung über die ganze Zukunft von Frankreich, welche man dann fast ohne Diskussion und besonders ohne Zustimmen des Laues, Haupt-Intressirter, einziger legitimer Souverän, koncretere lassen will. Was man in England und Amerika Agitation nennt, würde daher unter den gegenwärtigen Umständen wohl erlaubt sein, aber es darf keine Agitation geben, und gerade in dem Interesse der Sache und aller Rechte, die wir sicher stellen wollen. In der That werden wir bald nicht allein die Republik zu vertheidigen haben, die, was mich anbelangt, die einzige Regierung bleibt, die fähig ist, alle so sehr gespaltenen Parteien im Namen des gemeinschaftlichen Interesses zu vereinen, welche allein zur Demokratie mit der einrichtenden Autorität sprechen kann, und die diesmal weit davon entfernt, Frankreich zu beunruhigen, ihm nur erscheinen ist, um die Ordnung, die

Armee, die Finanzen, den Credit wieder herzustellen, das Gebiet zurückzuführen, mit einem Wort, um alle Wunden des Krieges, eine einzige aufzunehmen, zu schließen; wir werden, sage ich, nicht allein die Republik zu vertheidigen haben, sondern auch alle Rechte Frankreichs, seine bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheiten, seinen sozialen Zustand, seine Principien, die, 1789 proklamiert, der ganzen Welt zu Theil geworden sind, seine Fahne endlich, unter welcher es das Weltall kennt, unter den unteren siegreichen oder bestiegenden Soldaten sich mit Ruhm bedecken, die jedoch, so thuer sie auch unserem Herzen ist, nicht hinreichen würde, wenn alle Dinge, deren Emblem sie ist, uns geraubt würden, dann von allen gehabten Dingen ist sie nicht allein das Bildnis, sondern auch die Wirklichkeit, und die dreifarbige Fahne, allein übrig geblieben, um die Contre-Revolution zu deden, wäre die gehässigste, empörende aller Lügen. Dieses alles, ich wiederhole es, werden wir bald, nicht durch Mittel, die man leicht entstellen könnte, sondern durch die late und feste Vernunft zu vertheidigen haben. Die Rücken, welche wir nicht für die haben würden, die uns verleumden, müssen für die erste Lage des Landes haben, welche von uns Allen ein eben so festes als maßvolles Auftreten erheischt. Ich werde Sie also nicht heute, sondern später befinden, wenn wir, nachdem wir die jetzige Krisis durchgemacht, uns in Sicherheit und Ruhe der Befreiung des Gebietes erfreuen können. Einstweilen empfange Sie meinen lebhafsten Dank u. c.

A. Thiers.
Der Maire von Nancy gab sofort den Mitgliedern des Gemeinderaths Kenntniß von diesem Schreiben und schloß seine Antwort folgender Massen: „Wir sind zu großer Ordnungsstrenge, um einen auf so edlen und erlauchten Gestimmen begründeten Beschluß nicht anzunehmen. Angeichts der Krisis, die wir durchmachen, wenn die Geschichte Frankreichs so ernstlich in Gefahr sind, müssen wir uns vor dem Worte des großen Bürgers beugen, welcher so würdig die einzige Politik personifiziert, die im Stande ist, uns von unsrener Unglücksfällen zu erheben und die Zukunft des Landes zu sichern. Mögen alle von einer aufrichtigen Vaterlandsliebe besessenen Franzosen sich um diese so weise Politik schaaren und voll Vertrauen in die Zukunft mit Geduld die uns verkünte Stunde abwarten. Wenn wir dann, wie zu hoffen steht, Herrn Thiers empfangen werden, so wird der von ihm versetzte Zweck erreicht sein, und wie werden zugleich dem Retter des Landes und dem Befreier des Gebietes zu danken.“

G r o ß b r i t a i n i e n.

* London, 3. October. [Der Erzbischof von Tuam] summirt 27 geistlichen Herren seines Sprengels hielten vorgestern ein Concilium, dessen Ergebnis folgende Beschlüsse waren: „a. Durchdringen von dem Gefühl der sozialen und moralischen Uebel, die unserem Lande seit mehr denn 70 Jahren aus der legislativen Union erwachsen, erachten wir es für unsere Pflicht, allen möglichen gesetzlichen Bestand zu leisten für ihre Beseitigung und demgemäß für die gänzliche oder teilweise Abschaffung der unehrenvollen Union; b. welches immer die Vortheile dieser Maßregel für England gewesen sein mögen, für Irland und dessen Volk trug sie nichts als unausgesetztes Unglück im Schooße; c. trotz dieser Unterdrückung und der durch die Union lange andauernden Ungerechtigkeit erachtet unser Volk dennoch eine Trennung von England für unthunlich und trägt die Überzeugung in sich, daß eine Reichseinheit mit getrennten, einander nebengesetzten Parlamenten vielmehr beiden zum Vortheil gereichen müßte, indem sie ihnen gegenseitigen herzlichen Beistand gewährleisten würde; d. um mitzumitwirken bei den jetzt in Gang gebrachten lobenswerten und voraussichtsgemäßen Bemühungen behutsig Verbesserung der legislativen Beziehungen beider Länder und um diese Bemühungen nutzbringend für das allgemeine Wohl zu machen, übermitteln wir dem provostischen Verein der föderalen Union unsere Beiträge, in der Hoffnung, daß diese bald auf eine feste Unterlage gebracht und größere Aussichten gewinnen werde.“ Im Obigen haben wir nun, was der Erzbischof von Tuam uns in Aussicht stellte: ein offenes Manifest seiner selbst und seines Sprengels zu Gunsten der Home Rule. Es dürfte Niemanden überraschen, wenn ihm ähnliche von anderer Seite auf dem Fuße folgen sollten.

[Zum Kriege in Afrika.] Die an der Goldküste zu bauende Eisenbahn geht den Behörden wie dem englischen Publizistum viel zu denken. Ein Sparsamkeitsfreund ersucht in der gestrigen „Times“ die Regierung um Namhaftmachung der Summe, welche der Bau kosten soll. Die Regierung andererseits ist sich nicht recht klar, ob sie englische Arbeiter zum Bau, wie nach Balaklava, aussenden oder Engländer unter englischer Leitung verwenden soll. Vermuthlich entscheidet sie sich für das Letztere. Zum Transport des Bahnmaterials sind noch mindestens zwei bis drei Schiffe nötig und eben so viel werden wohl an dem übrigen Kriegsmaterial zu schleppen haben. Zur Ausstattung der Barakken und improvisirten Casernen kommt das Casernen-Inventar herzlich zu statuen, welches die bisher in Canada garnisonierten Truppen mit nach England zurückgebracht haben. — Längs der Küste von Guinea ist die Blockade erklärt worden. — Eins der englischen Schiffe, welche die Achantineser freundlicher Weise mit Kriegsmaterial versorgen, ist etwa zehn Meilen westlich der englischen Grenze bei Grand Bassam in flagrant delicto ergrapt worden. Es ist die Brigg „Aligator“ der Firma Swartz in London, deren Chef sich durch seine Briefe an die „Times“ über die Verhältnisse an der Goldküste fürstlich meistgesetzt hat. Der Capitän des „Aligator“ liegt zu, von 3260 Fässern Pulver, die er an Bord führte, 370 an die Achantis veräußert zu haben. Die Herren Swartz beschäftigen an der Goldküste vier leichte Flussschiffe, welche die Lagunen und Stroms bis an die Achantigrenze handelsshalber aufwärts fahren. Die Herren vertheilen somit ihre Gaben mit großer Unparteilichkeit. England unterstützt sie mit ihrem Rathe und ihrer Lokalkenntniß, die Achantis mit ihrem Pulver. Die heutige „Times“ bringt vermutlich eine Erwideration dieser braven englischen Kaufleute, auf die man gespannt sein darf. — Des sauberen Zustandes des Dampfers „Ambray“, welcher den englischen Stab von Liverpool nach der Goldküste brachte, ist bereits gedacht worden. Endringende Wasser und penetranter Geruch neuer Farbe brachten die Krankenfälle bald ans anständige Länge. Wie die „Pall Mall Gazette“ erfährt, ist es mit der Kost nicht besser bestellt gewesen. Die beförderten Offiziere haben sich daher geweigert, die ablebige Verpflegungs-Duitung zu unterzeichnen.

[Aus Melbourn] meldet ein Telegramm, daß auf den Fidschi-Inseln große Anarchie herrsche. Die weiße Bevölkerung hat sich bewaffnet und verzögert Zahlung der Steuern. Die Consuln Englands und Deutschlands suchen zu vermittelns. Der Capitän des englischen Kriegsschiffes „Bianche“ hat den englischen Unterthanen verboten, sich zu bewaffnen. Aus Canada liegen Briefe vor über die Netze, welche der bekannte Arch, der Vorkämpfer der landwirtschaftlichen Tagelöhner in England, unternommen hat, um sich zu überzeugen, ob Auswanderung nach den dortigen jungfräulichen Ackerbaubezirken für diejenigen ratsam sei, welche mit ihrem gebrochenen Loope in England nicht zufrieden sind. Wie es scheint, hat die Lage der Dinge dort auf den unleugbar begabten Agitator einen entschiedenen Eindruck gemacht, und er hält die Stellung des kanadischen Tagelöhners, der neben freier Kost und Wohnung noch 1 1/4 Dollar Tagelohn verdient, immer noch im Ganzen für schlechter als die des Engländer, der dagegen 14 Sh. Wochenlohn erhält.

[Schiffsgesetz.] Mit dem 1. des folgenden Monats tritt das Gesetz in Kraft, nach welchem der Capitän jedes englischen Schiffes bei Strafe angehalten ist, der Mannschaft u. eins Fahrzeugs, mit

dem das seinige collidierte, beizustehen und Namen wie Bestimmungsort des Schiffes anzugeben. Nur wenn nachgewiesen werden kann, daß durch längeres Verweilen am Orte des Zusammenstoßes die eigene Mannschaft u. gefährdet gewesen sein würde, soll eine Bestrafung nicht statthaben.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 7. October. Angelommen: Se. Durchlaucht Herzog von Sachsen Duc de Calonne, Graf von Talleyrand-Périgord aus Schloss Sagan. Se. Durchlaucht Friedrich Wilhelm Prinz zu Hohenlohe-Ingelstingen, General-Major. v. Hagemeyer, lgl. Reg.-Präsident aus Oppeln. (Fremdenbl.)

[Zur Ausführung der Maigesetze] geht der „Schles. Volks-Zeitung“ folgendes Amtsblatt zu:

„Verhandelt Rastau, den 4. October 1873. In Folge Verfügung des königl. Landrats-Amtes zu Oppeln vom 3. d. M. hatte sich der unterzeichnete Polizei-Verwalter heut hierher begeben, um dem in derzeitigen ausgesprochenen Auftrage gemäß dem Pfarr-Administrator Büchs hier selbst die Kirchenbücher und das Kirchenstiegel eben zwangsweise abzunehmen. Herr Pfarr-Administrator Büchs, um die Herausgabe der Kirchenbücher und des Kirchenstiegs von der Parochie Kaschau erachtet, verweigerte dieselbe, wozu der unterzeichnete Polizei-Verwalter die im Zimmer auf der Erde liegenden Bilder und zwar:

1) Taufbücher, 8 Bände, von 1713 anfangend,

2) Trauungsbücher, 5 Bände, dersgl.,

3) Todtenbücher, 3 Bände, vom Jahre 1766 anfangend, an sich nahm, das Kirchenstiegel aber trotz des sorgfältigsten Suchens in sämtlichen Zimmern nicht aufzufinden konnte; dasselbe muß dem Vermuthen nach bestellt gehalten werden, was auch u. Büchs bestätigte. Letzterer erklärte demnächst:

„Ich protestiere gegen die Wegnahme der obigen Kirchenbücher und erkläre, daß dieselbe nur auf dem Wage der Gewalt vor sich gegangen ist. Das Kirchenstiegel halte ich verdeckt und zwar aus dem Grunde, weil ich dasselbe nicht bloß zur Ausstellung von amtlichen Urteilen brauche, sondern auch bei Verwaltung der Pfarrkassen und gegenüber der geistlichen Behörde. Ueberhaupt besteht ja die Anwendbarkeit des S. 18 des Maigesetze auf mich als Kreisdicar, da ich als solcher auch staatl. Rechte zur Vertretung für den ganzen Kreis anerkannt bin und die bielle Administration nichts Anderes ist, als eine Vertretung und keine Anstellung. Ich sage noch bei, daß ich die Kirchenbücher und das Kirchenstiegel nur demjenigen Commissarius übergeben darf, von welchem ich sie übernommen.“

Begelesen, genehmigt und vollzogen.

Büchs, Pfarr-Administrator.

Sikora, Zeuge der Verhandlung.

a. u. s. (gez.) Kusch, Polizei-Verwalter.“

[Ungarn] Am Sonnabend Abend ist, wie der „Nied. Aug.“ berichtet, der Hilfspremier August Wittenberg aus Glogau, der seinen Dienst auf dem letzten Zuge von Liegnitz nach Glogau versah, übersfahren worden. Das Unglück geschah zwischen Löben und Raubten und scheint dadurch herbeigeführt worden zu sein, daß Wittenberg von dem Bremersche herunterfiel und unter die Räder geriet. Das Unglück wurde erst in Raudten bemerkt, als Wittenberg vermisst wurde. Die Strecke wurde sofort abgesucht und Wittenberg ohngefähr in der Mitte zwischen Löben und Raudten schwer verletzt, aber noch lebend gefunden. Auf dem Transport nach Steinau starb er jedoch. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder, die sich in größter Durstigkeit befinden und factisch von Allem entblößt sind.

[Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letzter verflossenen Woche sind hierzulande polizeilich angemeldet worden: als geboren 113 Kinder männlichen und 114 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 227 Kinder, wovon 39 aufgerechnet; als gestorben 57 männliche und 57 weibliche, zusammen 114 Personen incl. 4 todgeborener Kinder.

m. Sprottau, 5. Oct. [Verschiedenes.] In der am gestrigen Tage abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung genehmigte das Collegium zur Errichtung einer kleinen Anlage für Verwinterung von Gewässern aus den Plantagen die Ausgabung einer Summe bis zur Höhe von 100 Thlr. Für die holzberechtigten Bürger ließ sie infolfern eine Beschränkung eintreten, als jeder derselben von nun ab unter den ersten vier während des Jahres beanspruchten Klaftern Weichholz zwei Klafter Rohlholz erhält. Bei noch weiterem Bedarf ist diese Beschränkung ausgeschlossen. — Der beiden an der Stadtschule in der Erteilung des weiblichen Handarbeitsunterrichts wirkenden Lehrkräfte wurde in Anbetracht der vermehrten Stundenzahl zusammen die Summe von monatlich 12 Thlr. bewilligt. — Seit dem 1. October c. erscheint hier außer dem seit einer Reihe von Jahren herausgegebenen Wochenblatt ein neues politisches Blatt, das den Namen „Sprottauer Anzeiger“ angenommen hat. Ausgabe desselben erfolgt wöchentlich zwei Mal. — Als am 3. d. M. einige Arbeiter unterhalb der hiesigen Pförtnerbrücke beschäftigt waren, wozu sie in der Dienstung eine ziemlich breite Deffnung geschaffen hatten, vernahmen dieselben das Heraufkommen eines im schwärmenden Krabe gejagten Wagens. Ihren Blick nach oben richtend, hörten sie kurz darauf die an der Brücke hergestellte Barrière krachen und im Nu bemerkten sie ein Pferd über die offene Stelle der Brücke springen, während das andere Pferd neben dem Wagen in die Deffnung geriet und hängen blieb. Den sofort herbeigeeilten Arbeitern gelang es, das Tier zu befreien; jetzt aber stürzte das obne Kutscher herangetrommene, immer noch schwünde Paar auf die andere Barrière, die gleichfalls bei Seite geschleudert wurde. Nur erst war es möglich, die Thiere zur Ruhe zu bringen. — Leider die jetzt begonnene Kartoffel-Ernte hört man vielsach, daß dieselbe glücklicher ausfallen werde, als vor mehreren Wochen nach der so lange anhaltenden Dürre erwartet wurde.

H. Mainz, 4. October. [Zu den Wahlen und zum Kreistage.] Während bereits aus vielen Orten der heimathlichen Provinz Nachrichten eingehen, daß bezüglich der bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus mehrfache Versprechungen stattfinden und Wahlversammlungen ausgeschrieben wurden, ist Reuent noch nicht in der Lage, aus unserem Wahlkreise Gleichartiges berichten zu können. Die so überaus wichtige Angelegenheit hält sich weiter in tiefes Schweigen, denn Seitens der liberalen Partei haben bis jetzt keinerlei Vorbesprechungen und Berathungen stattgefunden, und es läßt darum wohl eine Annahme gerechtfertigt sein, daß man sich mit dem Verhalten unserer bisherigen, zur national-liberalen Partei gehörenden Abgeordneten, Geheimer Regierungsrath Jakobi zu Liegnitz und Professor Köppel zu Breslau, einverstanden erklärt und ihre Wiederwahl angelegen sein lassen wird. Die conservative Partei hat bis jetzt ebenfalls kein öffentliches Leben beobachtet, so man aber auch im Stillen oft eine lebhafte Agitation zu pflügen scheint, so läßt es sich doch wohl empfehlen, wenn das liberale Wahl-Comité der Kreise Liegnitz-Goldberg-Hainau recht bald mit einer öffentlichen Erklärung hervortrete. Ein wenig mehr Rücksicht möchte möglicherweise das bevorstehende Wahlkämpfe doch zuwenden sein, und die Resultate der Wahlkämpfe während der letzten Perioden dürfen nicht zur Laune und zu einer Sicherheit führen, welche bei einer reichzeitig entschieden und wohl organisierten Entscheidung der Gegner gewiß nicht zu unterschätzen ist, urtheil da solche bereits angebahnt sein soll, wird unter liberalen Wahl-Comités nun mehr kaum noch länger auf seine Tätigkeit warten lassen. — Der erste neue Kre

wandt werden, hervortrat, diesen Antrag durch seine Erstlingsrede motivierte und — damit durchgesetzte ist, da auf der Röde des Wilhelms-Hafens jetzt ebenso see- und kriegsfähige Panzer-Schiffe gebaut würden, wie in England und Frankreich. Im zweiten Theile seiner Rede ging der Herr Graf auf die Beleuchtung der ultramontanen Partei ein; er bestreite mit ganzer Entschiedenheit, daß der Staat der Centrums-Partei den Krieg erklärt habe. Für Bismarck habe aus dem Kriege zurückgekehrt, dieselbe vorgefunden, er habe ihr gegenüber eine zuwärts Stellung eingenommen, und sei in den Kampf erst eingetreten, als dieselbe ihre reichsfestliche Tendenz dokumentirt habe; zwar wiesen die Ultramontanen auf die Klosterstürme in Moabit hin, um zu beweisen, die Kirche sei in Gefahr, aber sie berücksichtigte nicht, wie diese That des Berliner Pöbels durch die Einweihungs-Rede des geistlichen Rathes Müller provocirt, wie das preußische Abgeordneten-Haus eine Petition wegen Aufhebung dieses Klosters ohne Debatte abgelehnt habe. Der Herr Graf erinnert weiter, wie er selbst mit dem Herzog von Ratibor als außerordentliche Gelände von Sr. Majestät nach Rom gesandt worden seien, in Seinem Namen Pius IX. zu seinem 50-jährigen Priesterjubiläum zu beglückwünschen, was die katholischen Mächte, was Frankreich und Österreich unterlassen, das habe außer Preußen unter allen europäischen Staaten allein der evangelische Preußen könig gehabt, ob das wohl aussehe wie Kampf gegen die Kirche; man müsse selbst, wie er (der Herr Graf) im Cabinet Sr. Heiligkeit gewesen sein, um zu wissen, wie hocherfreut der heilige Vater über diese Ausgebung gewesen sei. Der Redner charakterisiert weiter noch einzelne ihrer Mitglieder: Windhorst, ein treuer Welf und damit entschiedner Gegner der neuen deutscen Verhältnisse, Savigny, der vom Ministeriums aus einst widerrief, was er später, aus seiner Stellung entlassen, als Abgeordneter der Regierung gegenüber durchzusetzen sucht, der Redacteur Krebs, der gelegentlich mit Jacobi allein im ganzen Hause gegen einen Geldberufung eintritt oder mit den Social-Demokraten stimmt. Der Redner acceptirt weiter den Anspruch des Fürsten Bismarck, die Bildung dieser Partei sei ein großer politischer Fehler, indem er auf ihre Erfolge oder besser ihre Misserfolge hinweist, statt eines Wähler ein Fall, statt der engsten Verbindung der Schule mit der Kirche, das Schulauflösungsgefecht, statt des Empörblühens der Klöster das Jesuitengefecht usw., das sei das Bündel der Erfolge jener Partei. Weiter rengt sich Graf Frankenberger vor seinen Wählern vor dem durch die Hausblätter gegen ihn erhobenen Vorwurf des Wortsbruchs, er weist einen Wahlaufruf von Prag am und Grauen unterzeichnet, vor, auf Grund dessen er sein Mandat übernommen und zeigt zur Evidenz, daß er den dort ausgetroffenen Grundsätzen treu geblieben, während jene Herren es seien, die eine wesentliche Schwäche — und zwar gegen den Staat gemacht hätten. Für das Feiervolks-Gesetz habe er nicht gestimmt, jedoch nur darum, weil ihn dringende Familien-Verhältnisse aus Berlin hinausgerufen hätten, zwar sei es ein Ausnahm-Gesetz, aber es sei im Kriegszustand voigt, und was im Frieden verwerflich — den Gegner zu tödten, das sei im Kriege Recht und Pflicht, so erkenne auch er seinerseits, daß dieses Gesetz durch die Notwendigkeit dictirt sei.

Wie schon die ganze zweitständige Rede von vielseitigen Zeichen lebhaften Interesses seitens der Hörer durchwogen war, so gab auch am Schluss derselben die ganze Versammlung durch Erheben von den Plätzen und stürmisches Hochrufen dem Herrn Grafen Frankenberger ihre Zustimmung und Anerkennung mit seiner Tätigkeit im Reichstage zu erkennen.*

Raddem Graf Frankenberger dankt und ein Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser ausgebracht, in das die Versammlung auf's Lebhafteste einstimmig propoante Herr Reichs-Rat Dr. Manelli folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erklärt ihre Uebereinstimmung mit der reichstreuen Thätigkeit des Herrn Grafen Frankenberger und wird auf's Kraftigste für seine Wiederwahl wünschen.“ — Nachdem diese Resolution einstimmig angenommen war, empfahl Herr Rechts-Avalon Sommer auch seitens der liberalen Partei die Wiederwahl des Herrn Grafen, er und seine Gesinnungs-Genossen hätten selber nicht für ihn stimmen können, da er vor dem bekannten Herrn Majun empfohlen worden wäre, jetzt lägen die Verhältnisse anders. — Hierauf schließt der Vorsitzende, Herr Stadt-Verordneten-Vorsteher Baatz die Versammlung, indem er in ihrem Namen nochmals dem Redner seinen Vortrag dankt.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Herr Graf Schaffgotsch zur selben Zeit eine „christlich-patriotische“ Versammlung in Winzenberg abhielt, doch hat dieselbe der Großtauer Befreiung, was die Zahl der Besucher anlangt, keinen Abbruch gehabt.

*) Vielleicht darf man hoffen, daß nunmehr die andere Partei den offenen oder heimlich dem Herrn Abg. Frankenb. entgegenstellenden Wahlkandidaten auch einmal den Wählern präsentire, damit man erkenne, was von ihm zu erwarten.

Behinter Schlesischer Gewerbetag.

H. Katowitz, 6. October. Die heutige Hauptversammlung fand in dem geschmackvoll dekorierten Saale des Hotel Welz statt und wurde durch den Vorsitzenden, Geh. Rath Dr. v. Carnall gegen 9 Uhr eröffnet. Das Wort erhielt sofort Dr. Fiedler, als Schriftführer des Central-Gewerbe-Vereins, zur

I. Erstattung des Jahresberichtes, derselbe erinnert zunächst daran, daß der Central-Gewerbe-Verein, wie er im vorigen, seinen hohen Protektor in der Person des Herrn Ober-Präsidenten, Grafen b. Stollberg verloren hatte, er kurze Zeit darauf einen neuen schweren Verlust beklagen mußte, den Tod des Eisenbahn-Directors Lehmann, Redakteurs des „Magazin für Literatur des Auslandes“ und Mitbegründers des Central-Gewerbe-Vereins, der auch nach seiner Übersiedelung nach Berlin den lebhaftesten Anteil an den Bestrebungen des Vereins nahm. — Die Versammlung erhebt sich, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, von den Plätzen. In seinem Bericht fortlaufend bemerkte der Berichterstatter, daß gewisse Fragen sich wie ein reicher Laden durch die Verhandlungen aller Gewerbestage hindurchziehen. Eine solche Frage sei die Weiterbildung und Hedung der gewerblichen Fortbildungs-, Sonntags- und Wiederholungsschulen. In wie weit hierin ein Fortschritt zu verzeichnen sei, werde Aufgabe eines späteren Vortrages sein, der Ausschuß habe natürlich nicht unterlassen, in dieser Beziehung mit allen Kräften ratend und helfend einzutreten.

Auf das Speciale eingehend, theilt Referent mit, daß gegenwärtig über 6000 Mitglieder dem Verbande des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins angehören. Zu ihm zählen 5 Handelskammern, 2 kaufmännische Vereine, 1 Frauenbildungs-Verein, der Ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, der Verein „Museum“ zu Reichenbach, die Bürger-Ressource zu Neisse und 57 gewerbliche und handwerker-Vereine. Im abgelaufenen Jahre sind neue Vereine entstanden zu Neurode, Herrnstadt, Schönau, Reinerz-Rüders und Ottmachau. Es ist jedoch noch immer zu bedauern, daß eine große Anzahl von Städten mit 10,000 Einwohnern und darüber derselben, wie Katowitz, Gleiwitz, Bries, haben große Opfer gebracht und befordernde Delegirte nach Wien gesandt. Auch der Breslauer Verein hat eines seiner Mitglieder beauftragt, speziell das auf der Wiener Weltausstellung in Bezug auf den Zeichenunterricht in den Handwerker-Fortbildungsschulen Geborene zu studiren und darüber zu berichten.

Um jedoch noch erfolgreicher für die ganze Angelegenheit einzutreten, hat sich der Ausschuß an den Handelsminister gewendet und von demselben eine Unterstützung nachgesucht. Der Bescheid ist zunächst zwar ein abhängiger gewesen, doch gelangte später durch den Magistrat von Breslau die Aufforderung an den Central-Gewerbe-Verein, Männer zu bezeichnen, welche geeignet wären, nach Wien gesandt zu werden. Es sind eine größere Anzahl von Persönlichkeiten genannt worden; welchen Erfolg die ganze Angelegenheit gehabt, kann der Berichterstatter zur Zeit noch nicht mittheilen. Weiter berichtet derselbe bezüglich der Wiener Weltausstellung, daß der gewünschte Extrazug unter Beibehaltung von 312 Personen zur Ausführung gelangt ist, und die Teilnehmer in Wien von dem Niederösterreichischen Gewerbe-Verein auf's Herzlichste aufgenommen worden sind.

Die vom Ausschuß in Aussicht genommene Collectiv-Ausstellung mußte unterbleiben, da die deutsche Ausstellungs-Commission nicht wünschte, daß einzelne Provinzen sich ausstellen. Durch den Ausschuß ist eine sehr große Anzahl schlesischer Gewerbetreibender für die Besichtigung der Wiener Welt-Ausstellung gewonnen worden.

Die vom vorjährigen Gewerbe-Jahre beschlossene Petition an das Reichs-

landesamt, einige Reformen im Postwesen betreffend, hat nicht vollständig den gewünschten Erfolg gehabt.

Von dem General-Postamt ist auf die in Rede stehende Petition nach folgender Bescheid eingegangen:

„Die vom Ausschüsse des Schlesischen Central-Gewerbe-Vereins gemachter Vorschlag sind einer eingehenden Prüfung unterzogen worden. Nach dem Ergebnisse derselben bemerkt das General-Postamt Folgendes ergeben:

Es ist nicht thunlich, bei Postkarten mit Rückantwort von der Vor- ausbezahlung des Francs für Letztere abzusehen, da bei der ganzen Einrichtung gerade die Vorausbezahlung die wesentlichste Bestimmung ist, ohne welche der zu erreichte Zweck völlig verloren ginge. Der Francozwang bei Postkarten, gleichviel ob mit oder ohne Rückantwort, ist ein bereits im internationalen Postrecht allgemein recipirter Grundsatz, von welchem aus Rückicht auf Specialfälle und vereinzelte Bedürfnisse nicht wohl abgegangen werden kann.

Dagegen findet das General-Postamt kein Bedenken, solche Postkarten zur Postbeförderung zuzulassen, bei denen das Formular zur Rückantwort ein Schema zur letzteren selbst bereits vorgedruckt oder vorgeschrieben enthält, erachtet eine solche Vorbereitung der Antwort vielmehr als durchaus angemäß und ganz dem Zweck und Geiste der neuen Kurzbrieftypus entsprechend, welche durch die Postkarte angebahnt werden ist.

Auf den weiteren Vorschlag: Correspondenkarten mit Postanweisungs-

Formularen zu verbinden, bedauert das General-Postamt nicht eingehen zu können, da die Ausführung in technischer Beziehung Schwierigkeiten haben würde und auch ein allgemeines Bedürfnis zu einer derartigen Combinierung nicht erkannt werden kann.

Eine Erweiterung der Einrichtung der Postmandate in der Art, daß die Postanstalten die Einziehung von Beiträgen usw. wie eine Reihe ihr bezeichneter Personen behufs gemeinschaftlicher Aufführung an den Auftraggeber übernehmen, würde, wenn das Verfahren diesbezüglich benutzt wird, eine sehr erhebliche Vereinfachung der schnellen Bestellung der Briefe, worauf es doch hauptsächlich ankommt, zur Folge haben; wenn es aber wenig benutzt wird, so erscheint die Verbilligung der Postanstalten, welche zum Theil schon überlastet sind, mit einem neuen Dienstzweige nicht gerechtfertigt.

Auch gestattet sich das General-Postamt die Aufführung, daß die Eigentümlichkeit der Postanstalten als Staatsorgane in manchen Fällen der Einziehung wichtiger Beiträge usw. zu den Stiftungsfesten, zu politischen und religiösen Partizipationsfesten usw. entgegenstehen würde. Die Post muß aber den größten Wert darauf legen, daß ihr streng neutraler Charakter gewahrt bleibt und daß solche neue Einrichtungen, welche in dieser Beziehung eine Gefährdung hervorrufen könnten, wenn irgend möglich, überhaupt nicht getroffen werden. Der Antrag des Central-Gewerbevereins hat indeß Anlaß gegeben, eine Ermäßigung der Gebühren für die Postmandate in Erwägung zu nehmen und Einleitungen zur Vorbereitung einer derselben Vorlage an den Bundesrat zu treffen.“

Weiter war der Ausschuß beauftragt worden, daß Unterrichtsministerium zu erüthern, daß bei Errichtung des Schlesischen Provinzial-Museums das archäologische Museum der Universität mit jenem vereinigt werden. Hierauf ist seitens des Cultusministers nachstehender Bescheid eingegangen:

„Berlin, 22. Januar 1873.

Dem Ausschüsse des Central-Gewerbe-Vereins eröffne ich auf die Vorstellung vom 28. v. M. d. J., daß es mit den Interessen des alazamischen Territoriums, für welches das archäologische Museum der dortigen Universitäts zunächst und hauptsächlich bestimmt ist, unvereinbar erscheint, daßselbe dem zu erbauenden dortigen Provinzial-Museum einzuverleben, und daß ich bereit bin den geschäftsführenden Ausschuß des Comites zur Errichtung des genannten Museums in gleichem Sinne mit Bescheid versehen habe.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.“

Ferner hatte der Ausschuß den Auftrag erhalten, sich mit dem Comite für die Errichtung dieses Museums in Verbindung zu treten, damit derselbe auch die Interessen des Kunstuwerbes in entsprechender Weise wahrnehme. Von Seite leitender Persönlichkeiten ist diesem Wunsche in liebenswürdiger Weise entgegenkommen worden und der Berichterstatter ist in der Lage minuten zu tönen, daß ein nicht unerheblicher Raum des zu errichtenden Museums für künstlerische Zwecke reservirt worden ist.

Endlich hat sich der Ausschuß, dem erhaltenen Auftrage gemäß, noch mit dem Magistrat der Stadt Breslau in Verbindung geetzt, damit derselbe gestatte, daß mi der in Breslau geg. undeten gewerblichen Zeichenschule alljährlich Curse für Lehrer eingerichtet werden. Letzter hat er eine abhängige Antwort erhalten, freilich aus Motiven, welche den Bescheid allerdings gerechtfertigen er scheinen lassen. Die Antwort lautet:

„Den geehrten Ausschuß benachrichtigen wir auf das gefällige Schreiben vom 4. Febr. c., daß wir uns im Einverständnis mit dem Curatorium der biesigen gewerblichen Zeichenschule für die beantragte Einrichtung eines vierwöchentlichen Curus alljährlich für Elementarlehrer Breslaus und der Provinz bei besagter Zeichenschule aus mehrfachen Gründen nicht haben entzweien können.

Die Curie von 4 Wochen würde auch nicht genügen, um einen vollständigen Curus durchzumachen, und ein solcher in den feststehenden Schulplan nicht eingebettet werden können. Sollten dazu aber andere, als die im Schulplan festgestellten Lagesstunden genommen werden, so würde dies den Beitrag mit den Zeichenlehrern alterieren, eheal. müßte mit leichter in ein besonderes Engagement zu diesen Zweck im Wege privater Bereitbarung eingegangen werden.

„Die Herren der Zeichenschule lassen sich aber zu dem verlangten besonderen Curus darum nicht wählen, weil auch deren Lehrer eine schulfreie Zeit wünschen.“

„Den Elementarschullehrern Breslaus, welche an dem gewöhnlichen Curus Theil nehmen wollen, sind dagegen Freihaltstellen zu bewilligen, wie dies auch im ersten Semester bereits geschehen ist.“

Nachdem der Berichterstatter auch des Ausfalls der diesjährigen Zeichenausstellung und der Schritte gedacht hat, welche gethan worden sind, um den einzelnen Provinzial-Vereinen, welche dies wünschen, die Erlaßung von Vorträgen zu ermöglichen, richtet er an die anwesenden Vertreter der Zweigvereine die dringende Bitte, den Central-Verein in jeder möglichen Weise auf das Königtum zu seinem Vertretungen zu unterstützen, denn nur bei lebhafter Beteiligung der Einzelvereine könne der Central-Verein als solcher sich heben und dadurch die Interessen des schlesischen Gewerbe-Vereins fördern.

Hierauf folgt die Feststellung der Präsenzliste und die gegenseitige Vorstellung der einzelnen Mitglieder.

Nächster Gegenstand der Tages-Ordnung ist der

II. Kaiserbericht, erstattet durch den Schatzmeister des Central-Gewerbe-Vereins, Director Milch. Nach diesem Bericht betrug die Zinnahe des Central-Vereinsfests an Kassenbestand 193 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf., an Eintrittsgeld 6 Thlr., an Beiträgen 218 Thlr. 17 Sgr. 3 Pf., an Zinsen 19 Thlr., zusammen 436 Thlr. 29 Sgr. 6 Pf. Die Ausgaben belaufen sich auf 272 Thlr. 15 Sgr., bleibt Bestand 164 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf. — Muß der Prüfung der Rechnung werden die Herren Ollendorf und Goldstein von hier beauftragt. — Hierauf wird übergegangen zu

III. Die Notwendigkeit einer Eisenbahn durch die Grafschaft Glaz. Der Referent, Reichstag-Abgeordneter Dr. Webster, beantragt die Annahme nachstehender Resolution:

„In Abetracht, daß die bis jetzt fertig gebaute schlesische Gebirgsbahn von Görlitz resp. von Kohlsdorf bis Dittersbach nur als Section einer großen Bahn, nämlich der von Görlitz resp. Kohlsdorf über Dittersbach und Glaz nach Wildenshweid in Böhmen, im Jahre 1862 vom Preußischen Landtag bewilligt worden ist;

in Abetracht, daß während der letzte Theil dieser größeren Bahn, das Stück von Glaz nach Wildenshweid, in den nächsten Jahren fertig geknüpft sein wird, der Ausbau der Bahnstrecke Dittersbach-Glaz noch in keiner Weise gesichert ist;

in Abetracht, daß dieser Theil der Bahn nicht nur das sehr industrielle oder heilige Tal, sondern auch den natürlichen Produktions-, sowie ebenfalls sehr gewerblichen Kreis Neurode eröffnen, eine längere Verförderung im Bahnbau dagegen die Interessen dieser Gegend auf das Empfindlichste schädigen würde;

in Abetracht, daß bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes und bei dem äußerst schwierigen Terrain, woher die Übernahme dieser Bahnstrecke durch eine Privatgesellschaft, noch der Bau einer andern dieser Gegend erreichbar ist;

in Abetracht, daß der Staat jetzt reichlich mit Geldmitteln versehen ist, und bereits große Summen für Staatsbahnen in anderen Provinzen bestimmt hat,

erklärt der 10. Schlesische Gewerbetag die Staatsregierung für moralisch verpflichtet, die Strecke Dittersbach-Glaz baldmöglichst auszubauen, und beauftragt seinen Ausschuß, nach dieser Richtung bei den Staatsbehörden vorstellig zu werden.“

Zur Motivierung derselben führt Referent aus, er habe, als er gestern durch die von Schlesien stammenden reichslebenden Gegenenden Oberschlesien gefahren sei, nur mit einem gewissen Schmerze varan denken können, daß

seine specielle Heimat, das Weistritthal und der Neuroder Kreis, bis jetzt ganz vom Bahnverkehr ausgeschlossen sei. Wer die Eisenbahnlinie Schlesiens betrachte, werde finden, daß dort noch eine auffallende Lücke im ganzen Eisenbahnnetz der Provinz existire. Dies könnte auf die Vermuthung führen, jene Gegend in der Entwicklung der Industrie noch außerordentlich zurückgeblieben. Dies sei jedoch nicht der Fall. Grade dort habe die Textil-, die Porzellan-Manufaktur ihre größte Ausdehnung in ganz Schlesien gefunden, die Kohlen- und Steingewinnung sei bedeutend und es gäbe eine erhebliche Anzahl kleinerer Etablissements. Die erwähnte Lücke habe ihre besondere Ursache darin, daß die Grafschaft Glaz über die Hirschberg, Dittersbach, Neurode, Glaz, Habelschwert, Mittelwalde nach Wildenshweid zu erhalten und zwar heißt es in den Motiven wörtlich:

Ein Blick auf die Karte lädt darüber keinen Zweifel, daß durch den Anschluß bei Wildenshweid die Grafschaft Glaz aufgeschlossen werde, daß ein neuer, abgekürzter Weg zwischen Berlin und Wien dadurch eröffnet, daß für das Unternehmen in seiner ganzen Ausdehnung die Summe von 21 Mill. Thlr. erforderlich werden würde, daß aber, da die über die Zusammensetzung der beiden Anschlüsse mit der österreichischen Regierung zu vereinbarenden Verträge noch nicht zum Abschluß hätten gebracht werden können, die Strecke bis Wildenshweid zu erhalten und zwar heißt es in den Motiven wörtlich:

Ein Blick auf die Karte lädt darüber keinen Zweifel, daß durch den Anschluß bei Wildenshweid die Grafschaft Glaz aufgeschlossen werde, daß ein neuer, abgekürzter Weg zwischen Berlin und Wien dadurch eröffnet, daß für das Unternehmen in seiner ganzen Ausdehnung die Summe von 21 Mill. Thlr. erforderlich werden würde, daß aber, da die über die Zusammensetzung der beiden Anschlüsse mit der österreichischen Regierung zu vereinbarenden Verträge noch nicht zum Abschluß hätten gebracht werden können, die Strecke bis Wildenshweid zu erhalten und zwar heißt es in den Motiven wörtlich:

Die Regierung verlangte demgemäß nur 11 Mill. Thlr., und die Kreise wurden veranlaßt, Terrain herzugeben. Auch der Wildenshweider Kreis kam dem nach, aber nur unter der bestimmten Voraussetzung, daß die Bahn weiter gebaut würde. Im Jahre 1862 war die Bahn bis Wildenshweid ziemlich fertig, und bis dahin dachte Niemand daran, daß dieselbe möglicherweise nicht weiter gebaut werden könnte. Da kam ein eigenthümlicher Zwischenfall. In den Friedensbedingungen mit Österreich stand fand die Bedingung, wenn Preußen eine Bahn durch das Brauner Landchen bauen sollte, so müsse Österreich dies gestatten und auch zulassen, daß dieselbe durch preußische Beamte besetzt und befahren werde. In Folge dessen interpellirten v. Reichenheim und Lent wegen der Strecke Dittersbach-Neurode. Der Minister erklärte jedoch:

man sollte wirklich glauben nach dem, was wir so eben gehört haben, daß das Ministerium dem Bau der Bahn durch die Grafschaft Glaz entgegen sei, was weder der Fall ist, noch ich gesagt habe. Die Reden des Herrn Abgeordneten lösen mich wirklich nicht heißer entzünden, als ich schon vorher brannte und brenne.“

Sie sahen also, daß bei der Staatsregierung noch die größte Lust und Neigung vorhanden war, die Bahn zu bauen. Sie wurde aber vorläufig nicht gebaut.

Im Jahre 1867 ergab die Regierung die Strecke Glaz-Wildenshweid an die Oberschlesische Eisenbahn. Das machte vor Allem die Wildenshweider Grubenbesitzer außerordentlich stutzig; sie fürchteten die Concurrenz der Oberschlesischen Kohle und meinten, der Staat werde am Ende die Strecke Dittersbach-Glaz gar nicht bauen, da die 7 Meilen lange Strecke allerdings die heutige war und 8 Mill. Thaler erforderte. Eine Petition des Wildenshweider Kreises appellierte gegen die Vergebung. Westen und Thilo agierten die Petition auf und beantragten, die Regierung solle die Bahn nicht vergeben, ohne gleichzeitig die Strecke Dittersbach-Glaz sicher zu stellen. Der Regierungs-Commissar erwiderte:

</div

der Lage, uns nicht mehr helfen zu können. Hier vermag nur noch der Staat zu helfen, wenn er den ursprünglichen Plan wieder aufnimmt. Die Geldverhältnisse können dem nicht mehr entgegenstehen und ich glaube, daß jetzt vollständig geeignete Zeit ist, darauf zu dringen, daß der Staat seine früher eingegangenen Verpflichtungen nunmehr erfüllt.

Der Correferent, Geh. Rath v. Carnall, schließt sich den Anträgen des Referenten vollständig an und weist zur weiteren Begründung derselben eingehend auf den Reichthum jener Gegenden an verfassungsfähigen Produkten und an industriellen Etablissements hin. Es sei wichtig, endlich diesen Beweisen geeignete Absatzwege zu verschaffen. Redner sagt hinzu, daß es im Plane der Freiburger Eisenbahn liegen sollte, von Altmaßier in das Steinenthal zum Anschluß an die Bahn, die von Nachod kommt, zu bauen. Wenn nun von österreichischer Seite die Absicht vorhanden sei, durch das Brauner Land zu bauen, so bleibe nur noch die Strecke bis zur Verbindung mit der gefürchteten Bahn Strehlen-Glatz-Habelschwerdt, die keine erheblichen Schwierigkeiten bieten könne.

Nach einer kurzen Bemerkung aus der Mitte der Versammlung tritt diese hierauf der Resolution ohne weitere Diskussion mit allen gegen eine Stimme bei.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

October 6. 7.	Nachm. 2 U.	Abends. 10 U.	Morg. 6 U.
Aufstrud bei 0°	333°/09	333°/65	333°/34
Aufwärmung	+ 11°/7	+ 8°/9	+ 5°/1
Dunstrud	8°/58	3°/88	2°/91
Dunstättigung	66 p.Ci.	89 p.Ci.	93 p.Ci.
Wind	W. 2	S. 1	O. 1
Wetter	wolzig.	heiter.	heiter.

Breslau. 7. Oct. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 22 Cm. U.-B. — M. — Cm.

Berlin, 6. October. Der gestrige Privatverkehr zeigte sich Anfangs ziemlich fest, verflaut dann aber erheblich. Credit 130%—129% bez. Lombarden 92%—91% bez. Franzosen 198%—197% bez. u. Br. Galizier 95% bez. Türrn 47% und 48% bez. Italiener 60% Gd. Silberrente 6% Br. Papierrente 61%—62% bez. Disconto-Comm. 191%—190% bez. Meiningen 111% bez. Prov. Disc. 109—108 bez. Darmstadt 154 bez. Darmunder 103%—102% bez. Laurahütte 182—180 bez. Köln-Mindener 143% bez. Rheinische 136% bez. Bergische 105% bez. Nordwestbahn 115%—% bez.

Die gestern am Schluß des Geschäftes aufgetretene Mattheit übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, der jedoch in der zweiten Börsensunde eine wesentlich stärkere Tendenz annahm. Im Allgemeinen machte sich eine geringe Ab schwächung bemerkbar, die sowohl in den Coursetbewegungen als auch im Umfang der zur Effectuierung gelangten Transactionen Ausdruck fand. Die Umsätze vollzogen sich nur schleppend und schwerfällig, Kauflust erwankte gänzlich, doch blieben auch die Abgeber zurückhaltend, ein großes oder gar drängendes Angebot trat auf keinem Gebiete ein. Die Course der Speculationswerthe schwankten mehrfach auf- und abwärts, doch bildete sich dabei keine gräßere Spannweite aus. Namentlich waren die Oscillationen für Desterr. Creditinaten zahlreich, der Course für diese Effectuierung aber in Gangen eine steigende Richtung ein, so daß das ungefähr Niveau der Schlussnotierungen vom Sonnabend wieder erreicht werden konnte. Lombarden behauptete sich in ziemlicher Festigkeit und überbrückte die vorherigen Schlussopturen nicht ganz unbedeutend. Desterr. Nebenbahnen blieben sehr still, zeigten sich mit Ausnahme von Galizien und Desterr. Nordwestbahn aber ziemlich fest, Rudolfsbahn zwar niedriger doch geprägt. Auswärtige Fonds erfuhren geringe Veränderungen, nur Türrn zogen auf die höheren Londoner Course an, sandten jedoch nur wenig Nehmer. Amerikaner recht fest. Österreich. Renten, Italiener und franz. Rente still. Russische Werthe fest und L.-Anleihen reger. Preuß. Fonds sehr fest und ziemlich belebt, von Preuß. Prioritäten waren 4% procr. verhältnisreicher. Desterr. Prioritäten zu ermächtigten Courses ziemlich lebhaft, in Russischen blieb der Verkehr ohne Belang. Auf dem Eisenbahnen-Markt war die Stimmung anfänglich matt, später befestigte sich jedoch das Geschäft, ohne aber an Regsamkeit zu gewinnen. Kleinere Bahnen blieben meist geschäftsfrei und daher unverändert in den Notierungen, nur Münster, Lüttich und Badische Bahn reagierten. Banknoten bewegten sich sehr schwerfällig, nur Disconto-Commission recht belebt, pro ult. 186%—190%—190%. In anderen Detallen blieb der Verkehr sehr schwach. Industriepapiere fanden sehr geringe Beachtung und ließen im Allgemeinen Festigkeit ziemlich vermissen. Darmunder pr. ult. 101%—104%, Gelsenkirchen 165—166, Laura 179 bis 183 bis 181% bis 182%.

Berlin, 6. October. [Productenbericht.] Roggen hat unter dem Druck des Überflusses an Ware im Werte etwas nachgeben müssen. Bock bringt nur seiner neuer Roggen sehr Preise. — Roggenmehl matter. — Weizen pr. October höher, im Lebigen matter. — Hafer loco und October entschieden höher. — Rüböl ist ferner etwas im Werte gewichen, schließt jedoch fest. — Spiritus etwas niedriger, aber ziemlich fest zum Schluß.

Weizen loco 74—94 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität ges., gelber — Thlr. bez. pr. September—October 88%—89% Thlr. bez. October—November 86%—86 Thlr. bez. December 86%—85% Thlr. bez. December—Januar — Thlr. bez. pr. April—Mai 1874 86%—85% Thlr. bez. neue Wiance pr. April—Mai 85—84 Thlr. bez. Gefündigt 3000 Ctnr. Rundungspreis 88% Thlr. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 59—72 Thlr. nach Qualität gesorbert, contracrische Ladungen 1%—1 Thlr. unter November verlaufen, zufolge 59%—60% Thlr. ab Bahn bez. neuer 69—70% Thlr. ab Bahn bez., geringer polnischer 68 Thlr. ab Bahn bez. pr. September—October 59%—59% Thlr. bez. October—November 59%—59% Thlr. bez. December 60%—60%—60% Thlr. bez. pr. Frühjahr 61%—61% Thlr. bez. Gefündigt 41,00 Ctnr. Rundungspreis 59% Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 73 Thlr. nach Qual. gefordert — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 49—58 Thlr. nach Qual. ges., schlesischer und böhmischer 55—57 Thlr. östpreußischer — Thlr. bez. pommerischer 55—58 Thlr. ab Bahn bez. per September—October 56%—56% Thlr. bez. October—November 53—54% Thlr. bez. November—December 52%—52% Thlr. bez. pr. Frühjahr 52%—52% Thlr. bez. Gefündigt — Ctnr. Rundungspreis — Thlr. bez. — Erbsen: Kochware 63—70 Thlr. Butterware 60—64 Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 12%—12 Thlr. Nr. 0 u. 1 11%—11% Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10%—9% Thlr. Nr. 0 u. 1 9%—9% Thlr. pr. 100 Kilo. untersteuert inkl. Sad. Roggenmehl Nr. 0 u. 1: pr. September—October 9 Thlr. 15—14% Sgr. bez. October—November 9 Thlr. 7—6 Sgr. bez. November—December 9 Thlr. 3—1 Sgr. bez. December—Januar — Thlr. — Sgr. bez. Januar—Februar und Februar—März 9 Thlr. bis 9 Thlr. 1 Sgr. bez. April—Mai 9 Thlr. bis 8 Thlr. 29 Sgr. bez. Gefündigt — Ctnr. Rundungspreis — Thlr. — Sgr. — Delhaaten: Raps — Thlr. Rüben — Thlr. — Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 18% Thlr. bez. per September—October 18%—18% Thlr. bez. October—November 18%—18% Thlr. bez. November—December 19%—19% Thlr. bez. December—Januar 19% Thlr. bez. Januar—Februar — Thlr. bez. April—Mai 21%—21% Thlr. bez. Gefündigt 5000 Ctnr. Rundungspreis 18% Thlr. — Leinöl loco 25% Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Fäss loco 10% Thlr. bez. per September—October 9% Thlr. bez. October—November 9% Thlr. bez. November—December 10% Thlr. bez. December—Januar — Thlr. bez. Januar—Februar — Thlr. bez. April—Mai 15%—21% Thlr. bez. Gefündigt 200 Barrels. Rundungspreis 9% Thlr. — Spiritus per 10,000 p.Ci. loco „ohne Fäss“ 24 Thlr. 15 Sgr. bez. 25 Thlr. bez. per September—October 23 Thlr. 12—26 Sgr. bez. October—November 21 Thlr. 5—2—5 Sgr. bez. November—December 20 Thlr. 15—10—13 Sgr. bez. December—Januar — Thlr. — Sgr. bez. Januar—Februar — Thlr. — Sgr. bez. April—Mai 1874 20 Thlr. 18—22 Sgr. bez. Mai—Juni 20 Thlr. 24—25 Sgr. bez. Gefündigt 20,000 Liter. Rundungspreis 23 Thlr. 5 Sgr.

* Breslau, 7. Oct. 9% Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Marte war im Allgemeinen matter, bei stärkeren Zufuhren und unveränderten Preisen. Weizen nur seine Qualitäten gut verläßlich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7% bis 8% Thlr. gelbe 7%—8% Thlr. feinste Sorte über Notiz bezahlt. Roggen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 6% bis 7% Thlr. feinste Sorte 7% Thlr. bezahlt. Gerste matter, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6% Thlr., weiße 6% bis 6% Thlr. Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4% bis 4% Thlr. feinste Sorte über Notiz bezahlt. Erbsen gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 5—5% Thlr. Bock mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4—4% Thlr. Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4—4% Thlr. blaue 3% bis 3% Thlr. Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. 5%—6 Thlr. Mais ohne Zufuhr, pr. 100 Kilogr. 5%—6% Thlr. Delsaaten wenig verändert.

Schlagleinen mehr offiziell. Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinseit.	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps.	7	7	6	7	17	6	8	2	6
Winter-Rüben.	7	5	—	7	15	—	7	17	6
Sommer-Rüben.	7	10	—	7	20	—	8	—	—
Leindotter.	6	25	—	7	2	6	7	15	—

Kapellkuchen behauptet, schlesische 72—76 Sgr. pr. 50 Kilogr. Leinluchen fester, schlesische 94—98 Sgr. pr. 50 Kilogr. Kleesaa gute Kauflust, rothe neue 14—17% Thlr. pr. 50 Kilogr. weiße Jahr 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. böhmische über Notiz bezahlt. Tropothree gute Kauflust, 11%—12% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Bank-Discont 4% pr. Ct. Lombard-Zinsfuss 5% pr. Ct.

Schlagleinen mehr offiziell. Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinseit.	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps.	7	7	6	7	17	6	8	2	6
Winter-Rüben.	7	5	—	7	15	—	7	17	6
Sommer-Rüben.	7	10	—	7	20	—	8	—	—
Leindotter.	6	25	—	7	2	6	7	15	—

Kapellkuchen fester, schlesische 94—98 Sgr. pr. 50 Kilogr. Kleesaa gute Kauflust, rothe neue 14—17% Thlr. pr. 50 Kilogr. weiße Jahr 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. böhmische über Notiz bezahlt. Tropothree gute Kauflust, 11%—12% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

Berliner Börse vom 6. October 1873.

Wechsel - Course.

Amsterdam 250FL. 10 T. 14% 140% bz.

do. do. 2 M. 4% 139 bz.

Augsburg 100 FL. 2 M. 5% —

Frankf. M. 100FL. 2 M. 4% —

Leipzig 30 Thlr. 8 T. 5% 99% G.

London 1 Lst. 3 M. 5% 620% bz.

Paris 300 Fras. 10 T. 5% 79% bz.

Potsdam 1000SE. 10 T. 5% 88% bz.

Warschau 90 SR. 8 T. 7% 81% bz.

Wien 180 FL. 8 T. 5% 88% bz.

do. do. 2 M. 5% 87% bz.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1871 1872 ZF.

Aachen-Maastricht. 5% 4 33 bz. G.

Berg. Märkische. 7% 6 106% bz.

Berlin-Anhalt. 18% 17 165 bz.

d. Dresden. 5% 7 71% bz. B.

Berlin-Görlitz. 0 3% 100% bz. B.

Berlin-Hamburg. 10% 12 214% bz. B.

Berliner Nordbahn. 5% 5 39% bz. B.

Berl.-Potsd.-Magd. 14% 8 116% bz. B.

Berlin-Stettin. 11% 12% 152% bz. B.

Böh. Westbahn. 8% 5 94% bz. B.

Breslau-Freib. 9% 7% 101% bz. G.

do. neue. 5% 5 144% bz. B.

Cöln-Minden. 11% 9% 61 bz.

Cuxhaven-Eisenbahn. 5% 5 41% bz. B.

Dux-Bodenbach. 5% 0 94% bz. B.

Gal.-Carl-Ludw.-B. 8% 7 46 bz.

Halle-Sorau-Gub. 5% 4 55 bz.

Hannover-Altenb. 5% 5 55% bz. B.

Kaschau-Oderberg. 5% 5 69% bz. B.

Kronpr. Rudolph. 5% 5 79% bz. B.

Ludwigsburg. 11% 11 44 bz. G.

Märk.-Posener. 0% 0 44 bz. G.

Magdebg.-Halberst. 8% 8% 125% bz. B.

Magdebg.-Leipzig. 16% 14 263% bz. B.

do. Lit. B. 4% 4 95 bz.

Mainz-Ludwigshaf. 11% 10 149% bz. B.

Niederschl.-Märk. 4% 4 97% bz. B.

Oberschl. A. u. C. 13% 13% 181% bz. B.

do. B. 13% 13% 160% bz.

Oester. Fr.-St.-B. 12% 10 170% bz. G.

Oester. Nordwest. 5% 5 114% bz. B.

O